

wenn das Warenangebot sowieso schon knapp ist?

Bei der Genossenschaftskasse in Wismar machen die Kredite gerade zwölf Prozent des Geschäfts aus, bei bundesdeutschen Geldhäusern gut die Hälfte.

Wie bei den anderen DDR-Banken werden die Einlagen zum weit überwiegenden Teil nicht für das eigene Kreditgeschäft genutzt. Die Spar-Mark muß der Staatsbank überlassen werden. Die gibt das Geld an die Wirtschaft weiter, exakt nach Plan wird zugeteilt.

„Nichts ist in der DDR so unterentwickelt wie die Dienstleistungen – vor allen bei Banken“, sagt Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Für den guten Dienst am Kunden fehlt das Angebot.

vom Verband der Volks- und Raiffeisenbanken.

Auch in der Technik ist vieles aufzuholen. So kamen sich zwei Direktoren der Staatsbankfiliale Eisenach vor „wie in einer anderen Welt“, als sie bei einem Besuch der Fuldaer Kreissparkasse den automatischen Belegleser zu sehen bekamen, der Schecks und Überweisungen fotografiert und in Windeseile nach der Bankleitzahl sortiert.

Ganz ohne Technik sind die DDR-Banken allerdings nicht. In Bezirkshauptstädten wie Dresden oder Rostock stehen sogar Bargeldautomaten, an denen die Kundschaft Ost-Mark abheben kann. Die großen Institute sind mit Kassenterminals ausgerüstet. In der Provinz aber werden die Zinsen noch alljährlich

Schwer ist das nicht. Die DDR-Bürger haben jahrzehntelang nur in die Muffgesichter der Staatsbank-Bediensteten geguckt, sie sind die schmucklosen Kasensräume gewöhnt. Selbst wenn die Männer der Dresdner den neuen Kunden mitteilen, daß sie ihnen einen Wunsch nicht erfüllen können, verlassen die Besucher fröhlich die Büroräume im Dresdner Hof. Schon die bei West-Banken gepflegte Höflichkeit stimmt die Ost-Bürger heiter.

Womöglich wirft ja auch der Einsatz, den Thomas Möller und seine Leute bringen, schon bald Geld ab; womöglich dauert es gar nicht mehr so lange, bis die Bank den ersten Kreditvertrag ausfüllen kann.

„Als ich hierher kam, dachte ich, es dauert noch Jahre, bis wir hier Geschäft machen können“, sagt Möller, „jetzt denke ich, bei dem Tempo, mit dem sich hier alles verändert, könnte es schon in ein paar Monaten richtig losgehen.“

DDR-Unternehmer

In Vaters Betrieb zurück

Die Selbständigen in der DDR wollen es endlich wissen. Doch die Bedingungen für Unternehmer bleiben vorerst schlecht.

Schluß mit der sozialistischen Mißwirtschaft, noch vor den Wahlen wollen wir eine freie Marktwirtschaft.“ Rudolf Stadermann, Inhaber einer Werkstatt für Präzisionselektronik in Riestedt, hatte diesen Satz ziemlich schüchtern und ausdruckslos vorgetragen. Aber 800 geladene Gäste klatschten am vergangenen Montag in der Ost-Berliner Kongreßhalle minutenlang begeistert Beifall.

Kleingewerbler und Kneipiers, Handwerker und Möchtegernunternehmer aus der ganzen Republik waren nach Berlin gereist, um ein bemerkenswertes Ereignis zu erleben: die Gründung eines Unternehmerverbandes in einem sozialistischen Staat. Fast 2000 Leute hatten sich angemeldet, obwohl die DDR-Medien eine Vorankündigung verweigert hatten, nur knapp die Hälfte fand in dem Kuppelsaal der Kongreßhalle Platz.

Mit solch einer Nachfrage hatte das Organisationskomitee um den sächsischen Tüftler Stadermann nicht gerechnet.

Aber auch 40 Jahre nach Gründung des Arbeiter-und-Bauernstaates und 18 Jahre nach Verstaatlichung der letzten mittleren Privatbetriebe gibt es Tausende DDR-Bürger, die nichts lieber wären



Schmucklose Schalterhalle in Ost-Berlin: Spärliches Angebot

Doch bald soll alles ganz anders werden – Anleihen soll es geben und Festgeldkonten, Bürgschaftskredite und viele andere Spezialitäten.

Die Angebotserweiterung dürfte erst mal auf Unverständnis beim Personal stoßen. „Auf diesen Gebieten“, sagt die Wismarer Kassenvorsteherin Quade, „haben wir kaum eine Ausbildung erhalten.“

Das nötige Wissen versuchen derzeit westdeutsche Banker und Verbandsfunktionäre zu liefern. Eine Abordnung der Volks- und Raiffeisenbanken besuchte die Kollegen vom Verband der Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe in Ost-Berlin und lieferte kofferweise Gedrucktes. Vom Kreditwesengesetz über Banklexika bis hin zur Kundenbroschüre „Selbständig machen, selbständig bleiben“. Die Infos „sind sehr begehrt“, merkte Bernd Kubista

mit dem Kugelschreiber in das Sparbuch eingetragen.

Verständlich, angesichts der Rückständigkeit der östlichen Geldinstitute, daß die DDR-Regierung ihren eigenen Banken die Chance zum Aufholen geben will, bevor sie die Horde der bundesdeutschen Konkurrenten ins Land läßt.

Die Westler sichern sich jetzt erst mal, nach dem Vorbild der Dresdner, die Plätze mit einer Repräsentanz. Man will bereitstehen, wenn es losgeht.

Und das lassen die West-Banken sich einiges kosten. Auf absehbare Zeit belasten diese Vertretungen nur die Bilanzen der Unternehmen, ertragreiche Geschäfte können noch nicht gemacht werden.

Dresdner-Direktor Möller, der zuvor in London Geld mit Firmenkunden verdiente, sieht sich vornehmlich als PR-Agent seiner Bank. Möller: „Wir wollen uns hier sympathisch machen.“



Unternehmer-Veranstaltung in der Ost-Berliner Kongreßhalle: „Die entsetzliche Steuerprogression muß weg“

als Unternehmer. Immer heftiger tragen sie ihre Forderung vor, endlich freies Unternehmertum zuzulassen, Marktwirtschaft und Privateigentum einzuführen. Immer nachdrücklicher werden sie dabei von Oppositionsparteien, aber auch von Arbeitern unterstützt. Erstmals kam es, am 9. Januar in Halle, zu einer Demonstration der Handwerker. Für den 23. Januar haben die Selbständigen weitere Kampfmaßnahmen, auch in Ost-Berlin, angekündigt.

Die SED zeigt Wirkung. Mit drei grundlegenden Gesetzesänderungen will die Modrow-Regierung noch vor dem 6. Mai beweisen, daß die geläuterte SED auch mit einer teilweise privatisierten Wirtschaft leben kann. Sie sehen vor,

- ▷ die 1972 verstaatlichten Betriebe wieder zu privatisieren;

- ▷ Einfamilienhäuser und Wohnungen an private Eigentümer zu verkaufen;

- ▷ durch eine Steuerreform, die den Höchststeuersatz auf 60 Prozent begrenzt, den Selbständigen echte Leistungsanreize zu geben.

Die Reprivatisierung jener VEB (Volkseigene Betriebe), die 1972 ihren Eigentümern entrisen wurden, könnte auf einen Schlag mehr als 10 000 mittelständische Firmen in Unternehmerhand schaffen. Die früheren Besitzer oder deren Erben, so sieht es der Gesetzentwurf vor, haben Vorrang, wenn ein neuer Geschäftsführer bestellt und neues Kapital in die Firmen eingebracht wird.

Das Kürzel VEB bedeutet in Zukunft dann genau das, was der Volksmund schon nach 1972 daraus machte: Vaters ehemaliger Betrieb.

Gibt es keine Erben mehr oder sind diese nicht interessiert, dann, so erklärt

einer der Gesetzesplaner, „geht es nach dem Motto: Wer will, wer kann?“

Wollen werden viele. Aber werden sie auch können? Woher sollen sie das nötige Kapital, woher Maschinen und Material nehmen?

In den meisten DDR-Betrieben stockt die Produktion seit Monaten. Rohstoffe, Zulieferungen oder Ersatzteile fehlen. Daran werden auch andere Eigentumsformen so schnell nichts ändern.

Abhilfe könnten großzügige Existenzgründungsdarlehen der Banken und Importerlaubnisse für Investitionsgüter schaffen. Aber Wirtschaftsministerin Christa Luft, der jeder Schritt in Richtung Marktwirtschaft spürbar gegen ihre innere Überzeugung geht, zaudert. Am Außenhandelsmonopol und der zentralen Verteilung der Investitionsmittel will sie nicht rütteln.

So entstand vergangene Woche eine völlig neue, für viele verwirrende Situation. Die zukünftigen Unternehmer stoßen zwar nicht mehr auf die bürokratischen Hemmnisse der SED-durchsetzten Verwaltung. Aber voran kommen sie trotzdem nicht.

Winfried Weu aus Berlin-Friedrichshain möchte gern einen „Xerographischen Betrieb“, einen Copyshop also, eröffnen. Den „Antrag zur Erteilung einer Gewerbe genehmigung“, berichtet er, habe er früher vom Stadtbezirksrat nicht einmal erhalten. Heute würden Tausende von Formularen ausgegeben und die meisten Anträge auch recht schnell genehmigt. Allein für gastronomische Betriebe, von der Eisdiele über Cafés bis hin zu Speiselokalen, seien in seinem Stadtteil über 2000 Gewerbeanträge gestellt worden.

Die behördliche Erlaubnis nützt Weu wie allen anderen wenig. Gewerberäume müssen sich die Kapitalisten in spe nämlich selbst suchen, und das ist in Ost-Berlin fast aussichtslos. Handwerker, die Geschäfte renovieren, sind kaum zu haben. Und woher sollen Einrichtungen und Geräte, im DDR-Jargon: „Grundmittel“, kommen? Noch immer werden Kombinate und Volkseigene Betriebe bevorzugt beliefert.

Bessere Chancen haben vorerst die schon bestehenden privaten Werkstätten. Sie besitzen Geräte, Werkzeuge und Maschinen.

Rund 80 000 Handwerker haben 40 Jahre Sozialismus überlebt. Sie durften in ihren Betrieben zwar höchstens zehn Arbeiter beschäftigen und mußten viele Benachteiligungen erleiden. Dennoch florieren diese Geschäfte und arbeiten produktiver als die meisten VEB.

Die Begrenzung der Beschäftigtenzahl auf zehn Arbeiter wurde am vorvergangenen Freitag überraschend aufgehoben. Jetzt dürfen die Firmen, die nie unter zu wenig Aufträgen litten, expandieren. Aber die neue Freiheit läßt auch diese Selbständigen spüren, daß von einer Förderung freien Unternehmertums noch längst keine Rede sein kann.

„Was dem Unternehmer am meisten fehlt“, meint der Berliner Elektroinstallateur Hans-Joachim Slischka, „ist eine Bank, zu der er gehen und einen Kredit abholen kann, um Maschinen und Fahrzeuge zu kaufen.“ Und es müsse „diese entsetzliche Steuerprogression weg“.

Slischka zahlt gegenwärtig 85 Prozent Steuern. Das, klagt er, würde zwangsläufig jede private Initiative ab. Für die mitarbeitende Ehefrau darf ein Einkommen von höchstens 4000 Mark jährlich ange-

setzt werden – „ein Sklavenlohn“, wie ein Kneipier schimpft.

Und die Löhne sind auf niedrigem Niveau festgeschrieben. Natürlich liegen sie unter denen der staatlichen Betriebe.

Doch auch das soll bald anders werden. Neue Steuergesetze, die den Höchststeuersatz von 95 auf 60 Prozent verringern, will die Regierung schon Anfang Februar vorstellen und im März verabschieden. Zwar sei jede Steuerreform eine sehr komplizierte Angelegenheit, meint Klaus-Christian Fischer, Staatssekretär der Wirtschaftsministerin Luft, „aber die Anreize für die selbständigen Gewerbetreibenden müssen jetzt ganz schnell kommen“.

Die Reprivatisierung der 1972 verstaatlichten mittelständischen Betriebe und der Verkauf von Wohnungen an Privatpersonen dürften nicht schwerfallen. Aber im Apparat regt sich Widerstand. „Der Kampf des neuen gegen das alte Denken ist noch nicht gewonnen“, räumt ein Mitarbeiter der Wirtschaftsministerin ein.

Die planwirtschaftlichen Traditionalisten wollen es von der Zustimmung der Betriebe und Kombinate des jeweiligen Industriezweiges abhängig machen, ob die Privatisierung genehmigt wird. Dann, das ist abzusehen, würden nur marode Firmen aus dem Volkseigentum entlassen, produktive Unternehmen jedoch zum Herzstück des neuen Staatssektors gemacht.

Eine Alternative zu den geplanten Reformen gibt es jedoch nicht. „Unser Zeitdruck“, meint Staatssekretär Fischer, „entsteht nicht durch den 6. Mai, sondern durch die Erwartungen der Leute.“

Und die sind groß. Die Selbständigen wollen den Druck weiter verschärfen. Unter dem Beifall der Teilnehmer rief der Schlußredner auf dem Gründungskongreß des Unternehmerverbandes zum „zivilen Ungehorsam“ auf.

Neue Heimat

Nachhaltig negativ

Die Unionsparteien lassen Interna über die Affären Neue Heimat und co op heraus. Das Material könnte dem designierten DGB-Chef Meyer schaden.

Die dicken Sauereien sind noch gar nicht raus“, tönte der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster bei jeder Gelegenheit. Er, brüstete sich der Christdemokrat, „habe noch viele Akten und Dokumente“ über krumme Geschäfte prominenter Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer

und „könne jeden zweiten Tag eine Sache hochziehen“. Doch: „Ich will nicht.“

Das scheint sich nun, im Wahljahr 1990, zu ändern. Der Neue-Heimat-Skandal wird, das haben sich Unionspolitiker vorgenommen, noch einmal zum Thema. Die Affäre um den Handelskonzern co op wird gleich mitverarbeitet.

Als Munition bietet sich ein Bericht an, der seit Anfang 1987 in der Geheimschutzstelle des Bundestags ruht: Protokoll-Auszüge von Aufsichtsratssitzungen der Neue-Heimat-Muttergesellschaft BGAG (Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG).

Die Erkenntnisse aus diesen Papieren könnten vor allem dem designierten DGB-Chef Heinz-Werner Meyer, der-

zeit noch Vorsitzender der Bergbaugewerkschaft, Ärger bringen und damit dem Gewerkschaftsbund insgesamt. Noch bevor der SPD-Bundestagsabgeordnete Meyer Ende Mai die Nachfolge von Ernst Breit antritt, wird offenkundig: Der Neue ist in die Millionenpleiten der Gewerkschaftsfirmen ebenso verwickelt wie sein Vorgänger.

Von 1975 bis 1988 saß Meyer im Kontrollorgan der BGAG. Und dessen Mitglieder wurden – das belegt der Geheimbericht – haarklein und frühzeitig über die wachsenden Verluste und die Aktionen zur Verschleierung der Misere informiert.

Die Hoffnung der Gewerkschafter, mit Breits Pensionierung endlich einen

Schlußstrich unter das NH-Debakel ziehen zu können, kann sich also nicht erfüllen: Meyer saß meistens neben Ernst Breit, Alfons Lappas und Kollegen und stimmte mit. Auch vom drohenden Debakel der gewerkschaftlichen Handelskette co op, das beweisen die Sitzungsprotokolle, wußte Meyer schon Jahre vor dem Zusammenbruch.

Anfang 1983 bereits, das war vor einigen Wochen bekannt geworden, informierte co-op-Chef Bernd Otto den Aufsichtsrat über die riesigen Schuldenberge. „Große Reckübungen“ müsse er veranstalten, um die Banken ruhig zu halten. Es helfe nur, daß „die deut-

schen Gewerkschaften, als große gesellschaftliche Kraft“, die Bonität des Kaufladens co op „sicherstellen“.

Das taten die Gewerkschaften nur bis 1985, dann entfernten sie sich unter merkwürdigen Umständen aus dem Handelskonzern. Jetzt will die neue co-op-Führung die Gewerkschaftsholding BGAG auf 650 Millionen Mark Schadensersatz verklagen.

Unter jenen Aufsichtsräten, die „den Bericht vom Kollegen Dr. Otto einverständlich zur Kenntnis“ nahmen, saß damals Heinz-Werner Meyer.

Die Einzelheiten über die Fälle Neue Heimat und co op hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Günther Hüsche zusammengetragen. Der Jurist mit dem gepflegt rheinischen Akzent saß jenem Bundestagsausschuß vor, der mehr Licht in die Neue-Heimat-Affäre bringen sollte.

In Hüsches 100seitigem Werk, Ende 1988 zusammengestellt, ist nachzulesen,



Gewerkschaftsführer Meyer: Kaltschnäuzig ...



SPIEGEL-Titel 6/1982

... über Mieter hinweggegangen